

4. Demokratische Subjektbildung in kontingenten gesellschaftlichen Ordnungen

Subjektivierungstheoretische Perspektiven haben in einigen kritischen demokratietheoretischen Diskursen mit großem Erfolg die Sichtweise etabliert, dass Subjekte nicht den Ausgangspunkt demokratietheoretischer Überlegungen darstellen können, sondern dass vielmehr zu klären ist, wie Subjekte unter welchen Bedingungen gebildet, also hervorgebracht werden (vgl. Flügel-Martinsen 2017, Teil 3). Die amerikanische politische Theoretikerin Iris Marion Young bringt die dahinterstehende sozialphilosophische und gesellschaftstheoretische Perspektive markant auf den Punkt, wenn sie festhält: »The self is the product of social processes, not their origin« (Young 1990, 45). Damit setzt sie sich von vor allem in der empirischen Demokratietheorie und -forschung weitverbreiteten Ansätzen ab, die, wie etwa in Anthony Downs' ökonomischer Demokratietheorie, davon ausgehen, dass eine Demokratietheorie zunächst einmal klären muss, mit welchem Akteurbegriff sie arbeitet (vgl. Downs 1968; kritisch Young 1990, 42–48), wobei unter Akteuren in der Regel autonom entscheidungsfähige Subjekte im Sinne des *homo oeconomicus* verstanden werden. Subjektivierungstheorien halten solchen Akteurtheorien entgegen, dass nicht vorgängig das Akteurmodell geklärt werden muss, sondern die Bedingungen unter denen politische Subjekte konstituiert werden.

Aus einer ideengeschichtlichen Perspektive handelt es sich bei der Subjektivierungstheorie gar nicht um eine so junge Entwicklung wie man mit Blick auf die demokratietheoretischen Debatten zunächst glauben könnte. Zwar ist die neuzeitliche politische Philosophie massiv durch Hobbes' methodischen Individualismus geprägt (vgl. Hobbes 1984; s.a. Skinner 2008), der die Subjekte gleichsam als kleinste Einheiten der politischen Ontologie versteht. Der kanadische Sozialphilosoph

Charles Taylor hat eine solche, prominent auch in der Vertragstheorie John Lockes vertretene Position (vgl. Locke 1952) später als Atomismus bezeichnet (vgl. Taylor 1989, 195), da sie Subjekte als Atome, also als kleinste Einheiten versteht, aus denen sich soziale und politische Ordnungen zusammensetzen. Theoriegeschichtlich ist eine Kritik an methodologisch ebenso wie an normativ individualistischen Ansätzen aber spätestens seit Hegels These etabliert, dass Subjekte erst in sogenannten sittlichen Ordnungen entstehen, die ihnen eine zweite Natur verleihen (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 2). Vorläuferüberlegungen zu dieser hegelschen These finden sich sogar bereits im 18. Jahrhundert bei Adam Ferguson (vgl. Ferguson 1988; s.a. Flügel-Martinsen 2017, 28–31). Im Ausgangspunkt der hegelschen Theorie einer sozialen Subjektgenese entwickelt der Linkshegelianer Marx dann im 19. Jahrhundert eine umfassende kritische Gesellschaftstheorie, die historischen Wandel immer auch als Wandel der Subjektpositionen versteht (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 3). Ebenfalls im 19. Jahrhundert führt die Beobachtung, dass Subjekte durch soziale Kontexte geformt werden, bei Friedrich Nietzsche zu der polemischen Formulierung, Individuen werde eine »soziale Zwangsjacke« (vgl. Nietzsche 1999, 293) verpasst. Die jüngeren subjektivierungstheoretischen Debatten sind ohne diese Theoriegeschichte nicht denkbar, am einflussreichsten dürften dabei aber die Überlegungen sein, die Michel Foucault zum Zusammenspiel von Subjekt und Macht bei der Konstitution von Subjekten gemacht hat (vgl. Foucault, 2005; s.a. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 6). In allen diesen theoretischen Ansätzen werden demnach historische Kontexte als nicht festgelegte, wandelbare und in diesem Sinne kontingente Ordnungen verstanden, die dann zu ebenfalls kontingenten Subjektpositionen führen.

Nun haben diese Subjektivierungstheorien vielfach insbesondere die unterwerfenden Seiten dieses Geschehens der Subjektbildung hervorgehoben. In Nietzsches Formulierung der sozialen Zwangsjacke ist das sehr plastisch der Fall, aber auch Foucault beschreibt in *Überwachen und Strafen* die Subjektbildung in disziplinierenden Institutionen, zu denen er nicht nur Gefängnisse, sondern auch Fabriken und Schulen zählt, immer auch als ein Unterwerfungsgeschehen (vgl. Foucault 1976). Für eine demokratietheoretische Perspektive stellt sich dabei die Frage, ob Subjektbildung unvermeidlich als eine Hervorbringung von Subjekten durch kontingente Kontexte verstanden werden muss, auf die die Subjekte keinen gestaltenden Einfluss nehmen können, sondern

denen sie bloß ausgeliefert sind. Diese Frage ist von grundlegender systematischer Bedeutung für die Perspektive einer demokratischen Subjektbildung, ja für Demokratiebildung und Demokratie überhaupt. Schließlich würden demokratische Praktiken kaum Sinn ergeben können, wenn sich Kontexte und Subjektpositionen zwar als kontingent und wandelbar erweisen, aber die Subjekte selbst keinen gestaltenden Einfluss auf sie nehmen könnten, sondern den kontingenten Wechselfällen im Wesentlichen hilflos ausgeliefert wären. Das ist auch zeitdiagnostisch von Gewicht, denn viele Dimensionen der gegenwärtigen Polykrise demokratischer politischer Systeme dürften wesentlich dem Eindruck geschuldet sein, dass eine Einflussnahme zunehmend weniger möglich ist und gesellschaftliche Entwicklungen sich einfach vollziehen, ohne dass sie demokratisch gestaltet werden können. Die kollektive Gefühlslage des Ausgeliefertseins ist zeitdiagnostisch seit der Globalisierungsdiskussion und der von Mitte-Rechts- ebenso wie von Mitte-Links-Regierungen ab den späten 1990er Jahren vertretene These, dass sich demokratische Staaten an die Notwendigkeiten des Weltmarktes anpassen müssen (vgl. Rancière 2018, 25), verbreitet. Damit einhergehend scheint eine zunehmende Empfindung der Ohnmacht die politische Mitte auszuhöhlen. Seitdem die Globalisierungsfolgen, zu denen neben der Liberalisierung von Märkten und des Güterverkehrs auch eine intensivierte Migration gehört, in jüngerer Zeit zudem noch immer massiver durch die bereits spürbaren Effekte des Klimawandels verstärkt werden, drängt sich zunehmend der Eindruck auf, dass autoritäre, vielfach rechtsgerichtete Bewegungen nicht nur in den westlichen Demokratien, sondern auch global auf dem Vormarsch sind und Formen demokratischen Selbstregierens am sprichwörtlichen seidenen Faden hängen.

Sicherlich kann es im vorliegenden Aufsatz nicht darum gehen, dieses komplexe zeitdiagnostische Panorama umfassend mit in die Überlegungen einzubeziehen (vgl. dazu aber: Flügel-Martinsen 2021). Es stellt stattdessen den Hintergrund der Überlegungen zur demokratischen Subjektbildung in kontingenten gesellschaftlichen Ordnungen dar und unterstreicht deren Dringlichkeit, da im Fall einer negativen Antwort auf die grundsätzliche Frage, ob eine demokratische Subjektbildung überhaupt möglich ist, nicht nur eine hinderliche zeitdiagnostische Situation zu beklagen, sondern grundsätzlich in Frage zu stellen wäre, ob sich überhaupt Perspektiven demokratischer Praktiken eröffnen lassen. Diese Frage werde ich in der gebotenen Kürze im Lichte mei-

nes eigenen Ansatzes einer radikalen Demokratietheorie diskutieren. Ich werde meine Überlegungen in zwei Schritten entfalten. Zunächst skizziere ich in einem ersten Schritt einige Grundzüge und Annahmen meines radikaldemokratischen Ansatzes (1.). Im Anschluss daran werde ich mich der Frage nach den Perspektiven und Herausforderungen demokratischer Subjektbildung zu (2.).

1. Radikale Demokratietheorie: Kontingenz, Befragung, negative Kritik

Radikaldemokratische Ansätze haben sich neben den vorherrschenden normativen und empirischen Demokratietheorien (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012; 2016) zunehmend als eine eigene, dabei aber sehr weit gefächerte Form der Demokratietheorie etabliert (vgl. Comtesse et al. 2019). Wenn ich im Folgenden von radikaler Demokratietheorie spreche, beziehe ich mich dabei auf Überlegungen, die ich in den vergangenen Jahren in einer Reihe an Publikationen entwickelt habe (vgl. v.a. Flügel-Martinsen 2017; 2020; 2021; 2024). Während sich empirische Demokratietheorien in der Regel normativen Positionierungen und kritischen Stellungnahmen zu enthalten versuchen, indem sie sich dem eigenen Anspruch nach auf eine deskriptive Analyse beschränken, setzen sich normative Demokratietheorien zum Ziel, normative Modelle von Demokratie zu begründen und zu entwerfen. Radikale Demokratietheorien rücken demgegenüber die demokratische Praxis der Befragung und Infragestellung gegebener sozialer und politischer Ordnungen, die sie als Macht- und Herrschaftsverhältnisse analysieren (vgl. Nonhoff 2022), ins Zentrum ihrer Überlegungen (vgl. Flügel-Martinsen 2021, Kap. 2). Sie gehen damit über die bloße Beschreibung, auf die sich empirische Demokratietheorien zu beschränken beanspruchen (ohne das im Übrigen in den meisten Fällen auch einlösen zu können, weil sie implizit erhebliche normative Vorannahmen haben), hinaus, indem sie eine dezidiert kritische Sichtweise einnehmen. Allerdings stützen sie diese Kritik im Unterschied zu normativen Demokratietheorien nicht auf die Begründung normativer Demokratieprinzipien oder -modelle, sondern verstehen demokratische Kritik auch bereits dann als eine vollständige und berechtigte Kritik, wenn sie sich auf eine negative Infragestellung des Gegebenen beschränkt (vgl. Kap. 10). Darin folgen sie Überlegungen, die sich bei Adorno und, in der Politischen Philosophie der Gegenwart, bei

Raymond Geuss finden, die beide unterstreichen, dass Kritik nicht erst dann berechtigt ist, wenn sie sagen kann, wie die Dinge besser eingerichtet werden könnten (vgl. Kap. 9; s.a. Adorno 1997; Geuss 2011; Flügel-Martinsen 2024, Kap. 15). Das heißt nicht, dass sich aus radikaldemokratischer Sicht nicht auch Überlegungen zu demokratischen Institutionen anstellen ließen (vgl. Flatscher/Hermann 2020, s.a. Kap. 2). Aber, so mein Argument im Anschluss an Adorno und Geuss, Kritik darf nicht dadurch »von vornherein gezähmt und um ihre Vehemenz gebracht«, dass man es ihr zur Auflage macht, »etwas Besseres anstelle des Kritisierten vorzuschlagen« (Adorno 1997, 792). Kritik wäre demnach, in einer berühmten Formulierung Foucaults, auch dann bereits berechtigt, wenn sie sich als Kunst versteht, »nicht dermaßen regiert zu werden« (Foucault 1990, 12).

Im Hintergrund einer solchen Praxis der demokratischen Kritik durch Befragung und Infragestellung stehen Überlegungen zur Kontingenz gesellschaftlicher und damit auch politischer Ordnungen. Auch diese Kontingenzannahmen bedürfen, so meine andernorts ausführlicher entwickelte These (vgl. Flügel-Martinsen 2020, Kap. 2), keiner umfassenden theoretischen Begründung. Stattdessen sind sie selbst die Implikation einer Befragung bestehender Ordnungen, die immer auch als Sinn- und Normordnungen begriffen werden müssen: Unterzieht man diese Ordnungen solchen Befragungen, dann zeigt sich nämlich rasch, dass sie sich nicht auf feste Gründe stützen, dass sie keine feste Verankerung in Entitäten wie der Natur oder Gott haben (vgl. Rancière 2002, 28), sondern dass sie historisch gewordene und damit auch wandelbare Ordnungen sind. In diesem Sinne lassen sich beispielsweise Nationalismen (vgl. Derrida 2000, 138) ebenso wie Geschlechterbinaritäten (vgl. Butler 1999) kritischen Infragestellungen unterziehen.

Der französische politische Theoretiker Claude Lefort spricht in diesem Sinne von einem demokratischen Zeitalter, das sich durch einen Verlust der Gewissheit auszeichne (vgl. Lefort 1986; s.a. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 8). Demokratisch ist dieses Zeitalter aus seiner Sicht nicht deshalb, weil die Gestaltung der als historisch kontingent verstandenen Ordnungen automatisch eine demokratische Form annehmen würde. Lefort ist nicht nur Demokratie-, sondern auch Totalitarismustheoretiker und versteht dabei den Totalitarismus als eine Reaktion auf die Kehrseite der Auflösung der Gewissheit: Keine fest verankerte gesellschaftliche Ordnung zu haben, bedeutet nämlich

nicht nur das Emanzipations- und Selbstbestimmungsversprechen, die Welt selbst gestalten zu können, sondern es kann sich auch als massiv empfundene Verlusterfahrung bemerkbar zu machen. Die totalitären Politiken, die Lefort dabei vor Augen stehen, können ebenso wie heutige rechtsautoritäre Bewegungen als Versuche verstanden werden, der Auflösung von Gewissheit eine substanzielle Einheit entgegenzusetzen. Demokratische Praktiken würden sich demgegenüber, so mein Deutungsvorschlag, durch die Betonung von Gestaltungsoffenheit und ein postessentialistisches Selbstverständnis auszeichnen (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Vorwort). Postessentialismus meint dabei eine Haltung, die nicht länger auf feste Wesenheiten baut, wie sie uns im zeitgenössischen politischen Diskurs vor allem in Vorstellungen wie fester Geschlechteridentitäten oder tief verwurzelter nationaler Identitäten entgegentreten. Demokratisch wäre eine Praxis genau dann, wenn sie solche Vorstellungen befragt und auch offen für die Selbstbefragung möglicher eigener Essentialismen ist (vgl. Flügel-Martinsen 2024). Demokratisch wird eine Praxis demzufolge erst, wenn die Herrschaftskritik eine postessentialistische Form annimmt. Werden bestehende Herrschaftsverhältnisse hingegen von einer essentialistisch identitätspolitischen Position aus befragt, dann kann die Infragestellung durchaus selbst eine autoritäre Form annehmen. Das zeigt sich nicht nur an rechten Identitätspolitiken, die die demokratische Semantik lediglich kapern (vgl. Flügel-Martinsen 2020, Kap. 6.1), sondern es betrifft fatalerweise teils auch sich als links verstehende Positionen, insofern diese auf essentialistische Identitätsverständnisse setzen. Die demokratische Aufgabe besteht dann darin, solche essentialistischen Positionen generell in Frage zu stellen.

Wie aber ist eine solche demokratische Praxis möglich, wenn die Subjekte selbst auf je unterschiedliche Weise in unterschiedlichen historischen Kontexten subjektiviert werden? Sind sie den historischen Wechselfällen dann nicht viel mehr ausgeliefert, statt demokratisch an der Gestaltung der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Ordnungen mitzuwirken? Das ist die Frage nach den Perspektiven und Herausforderungen demokratischer Subjektbildung, der wir uns nun zuwenden müssen.

2. Demokratische Subjektbildung: Perspektiven und Herausforderungen

Der Begriff der Subjektbildung ist mehrdeutig. In den vorangegangenen Abschnitten habe ich ihn vor allem im subjektivierungstheoretischen Sinne der Konstitution von Subjektpositionen verwendet. Blickt man auf die Tradition politischen Denkens zurück, dann stößt man allerdings viel häufiger auf die auch alltagsweltlich vertraute Vorstellung, dass Subjekte einen Bildungsprozess durchlaufen, der sie zu Mitgliedern eines Gemeinwesens macht. Beide Dimensionen können zusammenlaufen, aber die Vorstellung einer Subjektbildung als Bildungsprozess muss nicht zwingend die weiterreichenden Überlegungen zur Konstitution von Subjektivität durch Subjektivierungsprozesse implizieren. Die Idee politischer Bildung als Subjektbildung taucht in den klassischen Texten der Politischen Ideengeschichte an prominenten Stellen bereits seit der Antike auf. So finden sich in Platons *Politeia* ebenso wie in Aristoteles' *Politik* ausführliche Kapitel zu einer politischen Erziehungslehre, die sich als Überlegungen zur politischen Subjektbildung verstehen lassen (vgl. Platon 1991; Aristoteles 1995).

Eine im engeren Sinne subjektivierungstheoretisch informierte Perspektive, die die Ideen der Subjektbildung als Bildungsprozess und der Subjektbildung als Konstitutionsprozess zusammendenkt, wird nach meinem Dafürhalten allerdings erst mit Hegels Überlegungen zur Herausbildung einer zweiten Natur eingeführt.¹ Hegel versteht diese Herausbildung einer zweiten Natur als einen Prozess, in dem eine Subjektconstitution erfolgt, die Elemente des Zwanges und der Freiheit im gelingenden Fall miteinander austariert: Die Konstitution einer zweiten Natur ist für Hegel zunächst deshalb eine Befreiung, weil sie eine sittliche Identität begründet, die in gewissem Umfang von den Zwängen der ersten Natur befreit. Gleichzeitig ist aber auch die zweite Natur eine Natur, weist also Momente der Unverfügbarkeit auf, die den Subjekten Zwänge auferlegen. Für Hegel wird diese Zwangsdimension dann vermittelt, wenn der Inhalt der sittlichen Identität die Form der Freiheit annimmt, wie es nach seiner Auffassung in der sittlichen Ordnung moderner Gesellschaften, trotz der sie auch kennzeichnenden Verwerfungen und Entzweigungen, möglich ist. An dieser

1 Vgl. zum Nachfolgenden Flügel-Martinsen 2024, Kap. 2. Dort finden sich auch zahlreiche Verweise auf einschlägige Passagen in Hegels Schriften.

Möglichkeit, Freiheit und Zwang in einer modernen sittlichen Ordnung zu vermitteln, die mit der bürgerlichen Gesellschaft auch die Sphäre des kapitalistischen Marktes umfasst, hat Marx dann bekanntlich massive Zweifel angemeldet, indem er Hegel die Apologie einer Gegenwart zum Vorwurf macht (vgl. Marx 1974), die aus Marx' Sicht der revolutionären Umwälzung bedarf. Gleichzeitig schließt Marx aber nicht nur an die hegelsche Vorstellung an, dass Subjekte in je spezifischen historischen Kontexten erst konstituiert werden, sondern er integriert die Subjektbildung auch in der Lesart eines Bildungsprozesses, den die Subjekte durchlaufen müssen, zudem an zentraler Stelle in sein Projekt einer revolutionären Umgestaltung. In der 3. Feuerbachthese formuliert er deshalb: »Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß.« (Marx 1973a, 5/6).

Aus der Perspektive einer *demokratischen* Subjektbildung sind aber mindestens zwei Punkte der Marxschen Überlegungen problematisch: Erstens bettet Marx die Vorstellung einer emanzipatorischen Subjektbildung in ein geschichtsphilosophisches Narrativ ein, angesichts dessen postmarxistische Autor*innen die Frage gestellt haben, ob die Subjekte bei Marx überhaupt über jene Handlungsfähigkeit verfügen können, die für demokratische Gestaltung unabdingbar ist (vgl. Castoriadis 1990; Laclau/Mouffe 2012; Flügel-Martinsen 2024, Kap. 3). Zweitens läuft, diesen Punkt hat Rancière kritisch gegen Marx eingewendet (vgl. Rancière 2002, 94ff.), die gesamte marxsche Theorie letztlich auf das Leitbild einer entpolitisierten und nicht einer demokratischen Gesellschaft hinaus. Das kommunistische »Reich der Freiheit« (vgl. Marx 1973b, 828) soll Marx zufolge durch eine rationale Verwaltung und nicht durch demokratische Auseinandersetzungen gekennzeichnet sein.²

Das Desiderat einer demokratischen Subjektbildung hätte demgegenüber folgende Konturen: Es müsste sich um eine kritische Konzeption handeln, die in der Lage ist, die wechselseitige demokratische Konstitution von Subjekten bzw. Subjektpositionen und politischen

2 In anderen Schichten von Marx' Schriften finden sich aber durchaus auch Ansatzpunkte zu einem Denken des Politischen, das über diese postpolitische Vorstellung einer rationalen Verwaltung hinausgeht (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 3).

Ordnungen zu denken, ohne dabei zu übersehen, dass diese Prozesse im Spannungsfeld von Machtbeziehungen und Herrschaftsverhältnissen situiert sind. Eine Theorie demokratischer Subjektbildung wäre schlecht beraten, auf den naiven Idealismus einer freien und gleichen demokratischen Kooperation zu setzen, ohne sich vor Augen zu halten, dass gesellschaftliche und politische Ordnungen immer durch teils offene, vielfach aber auch verdeckte Machtbeziehungen durchzogen sind (vgl. Bender/Flügel-Martinsen/Vogt 2023). Sowohl in der Ideengeschichte als auch in den Theoriediskursen der Gegenwart finden sich dafür zahlreiche Anknüpfungspunkte, wenngleich auch nicht einfach die eine Theorie, der sich folgen ließe. Dass Subjekte in historischen Kontexten konstituiert werden und Konflikte nicht nur dabei, sondern auch mit Blick auf den historischen Wandel gesellschaftlicher Ordnungen eine entscheidende Rolle spielen, ist eine Vorstellung, die sich, wie wir gesehen haben, bis zu Hegel und Marx zurückverfolgen lässt. Bei Michel Foucault (2005) und in Weiterentwicklung seiner Überlegungen bei Autor*innen wie Judith Butler (2001) oder Wendy Brown (2015) wird die komplexe Bedeutung reflektiert, die Machtbeziehungen dabei spielen. An Autor*innen wie Jacques Rancière (2002), Jacques Derrida (2000), James Tully (2009) oder Iris Marion Young (1990; 2000) lässt sich wiederum anschließen, wenn es darum geht, die Überlegungen zur Subjektkonstitution demokratietheoretisch auszudeuten.

Im Zentrum einer Theorie demokratischer Subjektbildung muss dabei meines Erachtens die spannungsreiche Beziehung zwischen zwei miteinander verschlungenen Konstitutionsprozessen stehen: Die Konstitution von Subjektivität auf der einen und die gesellschaftlicher und politischer Ordnungen auf der anderen Seite. Die Grundüberlegung besteht in der These einer dynamischen Verschränkung beider Konstitutionsprozesse: Politische und soziale Ordnungen konstituieren Subjekte – Subjekte aber werden nicht nur passiv erzeugt, sondern es handelt sich um einen komplexen Prozess, in dem sie immer auch eine aktive Rolle übernehmen, wobei sie im Zuge dessen auch diese Ordnungen kontestieren und so zu deren Umgestaltung beitragen können. An diese Grundüberlegung schließen sich aber drei Fragen an, die abschließend noch kurz reflektiert werden sollen: 1. Wie ist die komplexe Beziehung zwischen Subjekt- und Ordnungskonstitution zu verstehen? 2. Wie ist politisches Handeln, wie demokratischer Widerstand möglich? 3. Worin besteht eine demokratische Praxis (der Subjektbildung)?

Ad 1: Die vorangegangenen Ausführungen haben insgesamt die These erhärtet, dass es keine vorsozialen oder vorpolitischen Subjekte gibt, aus denen sich gesellschaftliche und politische Ordnungen zusammensetzen könnten. Vielmehr müssen wir uns die Konstitution von Subjekten als einen Vorgang vorstellen, der in sozialen und politischen Diskursen erfolgt, wobei diese diskursiven Ordnungen durch Machtbeziehungen gekennzeichnet sind. Subjekte sind zwar keine vorsozial oder vorpolitisch handlungsfähigen Entitäten, die in politische Handlungszusammenhänge eintreten, wie man einem Club beitrifft oder auch einen Club gründet (vgl. Young 1990, 44). So unterstellen es demokratietheoretische Akteurtheorien, die auf das Subjektmodell eines rational und autonom entscheidungsfähigen homo oeconomicus setzen, oftmals und eine solche Vorannahme kritisieren Autor*innen wie Iris M. Young. Aus dieser Kritik folgt aber auch nicht, dass Subjekte einfach passive Figuren sind. Sie werden durch diskursive Ordnungen erzeugt, aber sie nehmen auch auf diese Ordnungen performativ Einfluss und können sie dadurch umgestalten – und zudem neue Subjektformen hervorbringen.

Ad 2: Im Lichte dieser Überlegungen zeichnet sich auch bereits die Antwort auf die Frage ab, wie politisches Handeln und demokratischer Widerstand möglich sind: Subjekte sind nicht einfach nur Effekte diskursiver Machtbeziehungen. Ihre Subjektivierung erfolgt, wie sowohl Butler als auch Foucault unterstreichen, nicht wie mit einem Knalleffekt punktuell, sondern muss als ein zeitlich gestreckter Prozess verstanden werden, in dessen verschiedenen Phasen sich immer wieder auch Raum für abweichende Handlungen eröffnet (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 6 und 13). Butlers Vorstellung von Sinnverschiebungen, durch die Subjekte normative Semantiken und damit letztlich auch Diskursordnungen verschieben können, zeichnet eine Möglichkeit nach, wie abweichendes Handeln Ordnungen und Subjektpositionen transformiert. Hat Butler noch in ihren Arbeiten um die Jahrtausendwende zurecht darauf hingewiesen, dass mit abweichenden Identitätsformen immer die Gefahr eines Schritts in soziale Leere verbunden ist (vgl. Butler 2001), weil eine neue Subjektidentität dann noch nicht zur Verfügung steht, können wir schon wenige Jahrzehnte später konstatieren, wie durch die Kontestationen der binären Geschlechterordnung diese Ordnung immerhin stellenweise aufgebrochen und neue Subjektpositionen möglich geworden sind. Sicherlich ist dieser emanzipatorische Kampf keineswegs abgeschlossen und gerade gegenwärtig lassen sich erschreckend gewaltsame reaktionäre Gegenbewegungen beobachten –

aber der Kampf um andere Subjektpositionen und die Transformation nicht nur der Geschlechterordnung, sondern auch anderer Ordnungen ist dennoch möglich. Die Bedeutung der Desidentifikation, des Verlassens eines zugewiesenen Platzes, der oftmals ein Platz ist, der keine Teilhabe ermöglicht, unterstreicht auch Jacques Rancière in seinen Überlegungen zur politischen Subjektivierung. Politische Subjektivierung – das Verlassen eines Platzes und die Konstitution einer neuen Subjektposition – ist aus Rancières Sicht ein wesentlicher Teil des demokratischen Kampfes um die Umgestaltung bestehender Sinn- und Verteilungsordnungen, die Rancière als Aufteilungen des Sinnlichen (*partages du sensible*) bezeichnet (vgl. Rancière 2002).

Ad 3. Damit können wir drittens und abschließend auch kurz umreißen, worin eine demokratische Praxis (der Subjektbildung) besteht. Demokratie, dies sei nochmals unterstrichen, muss als eine Praxis der Befragung und Infragestellung bestehender institutioneller und diskursiver Ordnungen verstanden werden, weshalb sie von Widerspruch und Dissens lebt. Demokratische Praktiken verweisen damit auf die Veränderung bestehender Ordnungen durch Ausgeschlossene – in historischer und zeitgenössischer Hinsicht ist hier beispielsweise an Proletarier*innen, Frauen, queere Personen oder Migrant*innen zu denken. Eine Ordnung ohne Ausschlüsse bleibt dabei dennoch eine Illusion – Demokratie und demokratische Subjektbildung sind deshalb keine Ziele, die sich erreichen lassen, sondern unendliche Aufgaben,³ die trotzdem keinen Aufschub dulden und immer hier und jetzt relevant sind. Demokratische Praktiken verschieben in einer spannungsreichen und weder konzeptionell noch institutionell abschließbaren Form sowohl bestehende Subjektpositionen als auch Ordnungen. Das bleibt in Leforts Sinne stets eine »aventure démocratique« (Lefort 1986, 220), ein demokratisches Abenteuer, das scheitern kann (vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 8). Um es zum Erfolg zu führen, wobei der Erfolg aus den genannten Gründen vorläufig bleiben muss, bleiben demokratische Praktiken auf Kontingenzzoffenheit und Vielfalt angewiesen – schließen sie sich essentialistisch ab, verschwindet die Möglichkeit demokratischer Gestaltung und Subjektbildung.

3 Vgl. zur Demokratie als unendlicher Aufgabe Heil/Hetzel 2006.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1997, *Kulturkritik und Gesellschaft II. Gesammelte Schriften* 10.2, Frankfurt a.M.
- Aristoteles 1996, *Politik*, Leipzig.
- Butler, Judith 2001, *Psyche der Macht*, Frankfurt a.M.
- Butler, Judith 1999, *Gender Trouble*, New York.
- Castoriadis, Cornelius 1990, *Gesellschaft als imaginäre Institution*, Frankfurt a.M.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) 2019, *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin.
- Derrida, Jacques 2000, *Politik der Freundschaft*, Frankfurt a.M.
- Downs, Anthony 1968, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen.
- Ferguson, Adam 1988, *Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Flatscher, Matthias/Herrmann, Steffen (Hg.) 2020, *Institutionen des Politischen*, Baden-Baden.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2017, *Befragungen des Politischen*, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020, *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2021, *Kritik der Gegenwart*, Bielefeld.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2024, *Plurale Kritik*, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel 1976, *Überwachen und Strafen*, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel 2005, *Analytik der Macht*, Frankfurt a.M.
- Geuss, Raymond 2011, *Kritik der politischen Philosophie*, Hamburg.
- Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hg.) 2006, *Die unendliche Aufgabe*, Bielefeld.
- Hobbes, Thomas 1984, *Leviathan*, Frankfurt a.M.
- Lefort, Claude 1986, *Essais sur le politique*, Paris.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (Hg.) 2012, *Zeitgenössische Demokratietheorie, Bd. 1*, Wiesbaden.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (Hg.) 2016, *Zeitgenössische Demokratietheorie, Bd. 2*, Wiesbaden.
- Locke, John 1952, *The Second Treatise of Government*, New York.
- Marx, Karl 1973a, *Thesen über Feuerbach. MEW 3*, Berlin, 5–7.
- Marx, Karl 1973b, *Das Kapital. Bd. 3. MEW 25*, Berlin.
- Marx, Karl 1974, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts. MEW 1*, Berlin, 201–333.

- Nietzsche, Friedrich 1999, *Zur Genealogie der Moral*, KSA 5, München/Berlin/New York, 245–412.
- Platon 1991, *Politeia*. *Werke V*, Frankfurt a.M.
- Rancière, Jacques 2018, *Les temps modernes*, Paris.
- Skinner, Quentin 2008, *Hobbes and Republican Liberty*, Cambridge.
- Taylor, Charles 1989, *Sources of the Self*, Cambridge.
- Tully, James 2009, *Politische Philosophie als kritische Praxis*, Frankfurt a.M.
- Young, Iris Marion 1990, *Justice and the Politics of Difference*, Princeton, NJ.
- Young, Iris Marion 2000, *Inclusion and Democracy*, Oxford.